

Italien

Alexander Grasse/Jan Labitzke

Das zurückliegende Jahr war in Italien erneut von tiefgreifenden Umbrüchen gekennzeichnet. Während diese im zweiten Halbjahr 2019 vor allem durch innenpolitische Entwicklungen gekennzeichnet waren, wurde das erste Halbjahr 2020 durch die Covid-19-Pandemie geprägt.

Regierungswechsel

Nachdem die Lega aus mehreren Regionalwahlen (Abruzzen, Basilikata, Piemont, Sardinien) sowie den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 deutlich gestärkt hervorgegangen war und Umfragen aus dem Sommer 2019 mit fast 37 Prozent Zustimmung gar eine Umkehr der Kräfteverhältnisse innerhalb der gemeinsamen Regierung mit dem Movimento 5 Stelle (M5S) offenbarten, in der die Lega anfänglich lediglich Juniorpartnerin gewesen war, nahmen die innerkoalitionären Spannungen rasch zu. Angesichts eines Dissenses in zahlreichen Politikfeldern, vor allem aber mit Blick darauf, dass die Regierung die selbst gesetzten – und auch gegenüber Brüssel offensiv vertretenen – wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele ihrer expansiven Politik verfehlen würde, sodass ein in der Bevölkerung unpopulärer Sparhaushalt für 2020 drohte, löste Lega-Chef Matteo Salvini die sogenannte „August-Krise“ aus, indem er am 8. August die Koalition mit dem M5S aufkündigte. Das Kalkül dahinter, durch vorgezogene Neuwahlen selbst Ministerpräsident einer Rechts-Koalition aus Lega, Fratelli d’Italia (FdI) und Forza Italia (FI) zu werden, ging jedoch nicht auf. Nicht nur Staatspräsident Sergio Mattarella ließ wenig Neigung zu vorgezogenen Neuwahlen erkennen. Insbesondere Ex-Ministerpräsident Matteo Renzi (zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied des Partito Democratico, PD) und Beppe Grillo als Spiritus Rector des in sämtlichen Wahlumfragen im Sinkflug begriffenen M5S drängten, trotz jahrelangen politischen Antagonismen und Animositäten, auf Verhandlungen zur Bildung einer Mitte-links-Regierung. Salvinis verzweifelte Versuche, den Riss mit dem M5S in letzter Sekunde wieder zu kitten und eine Neuauflage der bisherigen Koalition zu erreichen, scheiterten. Die neue Regierung aus M5S, PD und Liberi e Uguali (LeU) gelangte nach schwierigen Verhandlungen am 1. September 2019 ins Amt. Mehr als programmatische Gemeinsamkeiten, die es gleichwohl gab und gibt, verband die Parteien die Befürchtungen einer Wahlschlappe (insbesondere für den M5S) und einer als sicher geltenden rechten Regierungsmehrheit unter Salvini im Fall vorgezogener Neuwahlen. Zudem war (auf Seiten des PD) die Sorge vor einem Ausscheren Italiens aus dem EU-Integrationsprozess eine Triebfeder des neuen Bündnisses. Dieses hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die komplette Legislaturperiode bis ins Jahr 2023 zu bestreiten. Staatspräsident Mattarella konnte angesichts dessen wie auch des Umstands, dass seine Nachfolge im Jahr 2022 zu wählen sein wird, mit dem Argument notwendiger politischer Stabilität von Neuwahlen absehen. Giuseppe Conte, der Matteo Salvini im Parlament zuvor scharf für dessen Politik als Innenminister in Inhalt und Stil kritisiert und sich öffentlich von diesem distanziert hatte, wurde als Kompromisskandidat von M5S und PD erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Conte gewann in dieser Krise an Statur und Ansehen in der

Bevölkerung. Renzi seinerseits verließ kurz nach der Regierungsbildung den PD und gründete mit Italia Viva (IV) eine eigene Partei und Fraktion, die jedoch die neue Regierung weiterhin unterstützen. Mit dem Eintritt von PD, LeU und IV in die Regierung ging ein europapolitischer Kurswechsel im Sinne einer Wiederannäherung einher. Dies war europapolitisch ein günstiger Umstand, nachdem Mario Draghi als Chef der Europäischen Zentralbank im Oktober 2019 turnusgemäß das Amt verlassen und auch die Amtszeit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, im November 2019 geendet hatte. So ermöglichte der Regierungswechsel zumindest, dass Italien mit dem ehemaligen Außenminister und Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni (PD) ein pro-europäisches politisches Schwergewicht auf den einflussreichen – und für Italien angesichts der sozioökonomischen Verwerfungen in der Europäischen Union (EU) und im eigenen Land besonders relevanten – Posten des EU-Kommissars für Wirtschaft und Währung in der Kommission von Ursula von der Leyen entsenden konnte. Zugleich wurde mit David Sassoli (PD) als Nachfolger Antonio Tajanis (FI) im Juli 2019 erneut ein Italiener Präsident des Europäischen Parlaments, so dass Italien weiterhin stark in den EU-Institutionen repräsentiert ist.

Regionalwahlen als Belege für den anhaltenden Transformationsprozess

Mit den Regionalwahlen vom 27. Oktober 2019 in Umbrien sowie am 26. Januar 2020 in der Emilia-Romagna und in Kalabrien kam es zu weiteren Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts. Bei den Regionalwahlen in Umbrien gewann das Mitte-rechts-Bündnis mit seiner Spitzenkandidatin Donatella Tesei (Lega), obwohl nach dem Koalitionswechsel auf nationaler Ebene der M5S und das vom PD angeführte Mitte-links-Bündnis gemeinsam angetreten waren. Vor allem der M5S stürzte auf 7,41 Prozent ab, nachdem er bei den nationalen Wahlen im März 2018 in Umbrien noch einen Stimmenanteil von 27,52 Prozent auf sich hatte vereinigen können. Bei den Regionalwahlen im Januar 2020 trat der lange erfolgsverwöhnte M5S erst gar nicht mehr mit dem Mitte-links-Bündnis an, erzielte in Kalabrien und der Emilia-Romagna gleichwohl Ergebnisse von nur 6,27 beziehungsweise 4,74 Prozent, worauf sich Debatten um die politische Zukunft der Bewegung und ihre politische Ausrichtung entspannen. Dass im schon traditionellen „swing state“ Kalabrien die amtierende Mitte-links-Regierung klar vom Mitte-rechts-Bündnis abgelöst würde, war aufgrund der Umfragen bereits im Vorfeld sicher. Lega-Chef Matteo Salvini hatte jedoch lange Zeit gehofft, auch die seit der Bildung der italienischen Regionen im Jahr 1970 von der Linken regierte und daher besonders symbolträchtige Region Emilia-Romagna mit seiner Spitzenkandidatin Lucia Borgonzoni für die Rechte gewinnen zu können. Jedoch unterlag Borgonzoni dem vom Mitte-links-Bündnis unterstützten Amtsinhaber Stefano Bonaccini (PD) mit 43,63 zu 51,42 Prozent. Diese Wahl markierte den vorläufigen Endpunkt des Höhenflugs Salvinis, der den Wahlkampf in der Emilia-Romagna zu einem Plebiszit für sich hatte machen wollen. Dabei überzog er nach Auffassung vieler WählerInnen insbesondere im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik, indem er so weit ging, dass er an Haustüren klingelte und einen Mann mit Migrationshintergrund vor laufender Kamera als Drogendealer diffamierte.¹ Insbesondere die im Herbst 2019 in Bologna entstandene zivilgesellschaftliche Bewegung der „Sardine“ vermochte es, die Bevölkerung gegen eine rechtspopulistische Entwicklung im Land zu mobilisieren und für eine liberale, weltoffene und EU-freundliche Politik an die Wahlur-

1 Il Messaggero: Salvini a Bologna suona al citofono di un tunisino: „È vero che lei spacchia?“, 21.1.2020.

nen zu holen. Hiervon profitieren konnte Regionalpräsident Bonaccini, der einen solchen Kurs vertrat. Die parteipolitisch ungebundenen „Sardinen“ erlangten rasch überregionale Bedeutung und machten mit großen Protestkundgebungen – etwa gegen das vom damaligen Innenminister Salvini verantworteten Sicherheitsdekret, das unter anderem die Einwanderungspolitik Italiens massiv verschärft hat – international auf sich aufmerksam.

Covid-19-Pandemie

Am 31.1.2020 wurde der erste Covid-19-Fall in Italien dokumentiert, auch wenn inzwischen davon ausgegangen wird, dass das neuartige SARS-CoV-2-Virus schon Ende 2019 im Land zu zirkulieren begann. Norditalien war einer der ersten Hotspots der Pandemie in Europa, was die Zentral- und Regionalregierungen dazu zwang, als erste in der EU und mithin ohne Erfahrungen aus einer westlichen Demokratie einschneidende Maßnahmen zur Viruseindämmung zu ergreifen. Zum 30. Juni 2020 waren insgesamt 240.578 Infektionen erfasst, 34.767 Todesopfer wurden auf Covid-19 zurückgeführt.² Damit ist Italien eines der am schwersten betroffenen Länder in Europa, wobei in Relation zur Einwohnerzahl Mitte Juni Spanien, Schweden, Belgien sowie Großbritannien noch mehr Infektionen zu verzeichnen hatten.

Krisenmaßnahmen³

Nachdem bereits ab dem 22. Januar 2020 erste Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden waren, verhängte die italienische Regierung am 31. Januar 2020 den Notstand. In dieser Phase wurden etwa Direktflüge aus China untersagt und eine „Corona-Task-Force“ gebildet. Am 21. Februar 2020 wurden erste Quarantänemaßnahmen für Einreisende aus Risikogebieten und Kontaktpersonen von Infizierten erlassen. Zwei Tage später wurden erste Kommunen in der Lombardei und dem Veneto, die ein hohes Infektionsgeschehen zu verzeichnen hatten und in denen besondere Maßnahmen zur Eindämmung der Virusübertragung ergriffen wurden, als „rote Zonen“ ausgewiesen. Diese Maßnahmen wurden in den Folgetagen verschärft und die Zonen ausgeweitet. So wurden diese etwa mit Ein- und Ausreiseverboten unter Quarantäne gestellt und Schulen, die meisten Geschäfte, öffentliche Einrichtungen und Betriebe geschlossen sowie Veranstaltungen verboten. Das am 1. März 2020 in Kraft getretene Corona-Dekret wies zudem „gelbe Zonen“ aus (die übrige Lombardei, das Veneto, die Emilia-Romagna sowie drei weitere Provinzen), in denen unter anderem Schulen geschlossen und Großveranstaltungen verboten wurden. Zudem beinhalteten die Dekrete erste Hilfen für Unternehmen und Beschäftigte sowie steuerliche Erleichterungen. Bereits eine gute Woche später folgte am 9. März 2020 der „Decreto #IoRestoaCasa“ (Ich-bleibe-zuhause-Dekret), womit die Beschränkungen der „roten Zonen“ national ausgeweitet und unter anderem Ausgangssperren, Versammlungsverbote und die Schließung der Bildungs- und Sporteinrichtungen verhängt wurden. Zum 13. März 2020 verfügte die Regierung die vollständige Schließung von Restaurants und der meisten Geschäfte. Flankiert wurden diese Beschränkungen mit dem Dekret „#CuraItalia“ (Heile Italien), das staatliche Hilfen für Familien, Beschäftigte und Unternehmen gewährte. Am 22. März 2020 wurde mit dem „Decreto #ChiudiItalia“ (Italien-Schließungs-

2 Johns Hopkins University: Corona Virus Resource Center. Italy, abrufbar unter: <https://coronavirus.jhu.edu/region/italy> (letzter Zugriff: 12.8.2020).

3 Für eine detaillierte Übersicht der Regierungsmaßnahmen siehe Regierung Italiens: Coronavirus, le misure adottate dal Governo, abrufbar unter: <http://www.governo.it/it/coronavirus-misure-del-governo> (letzter Zugriff: 12.8.2020).

Dekret) die Schließung aller „nicht essenziellen“ Betriebe verfügt und das Verbot verhängt, die eigene Kommune zu verlassen (mit Ausnahmen unter anderem für Heimarbeit oder notwendige Wege zur Arbeitsstätte). Spätestens damit kam der Großteil des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Italien zum Erliegen.

Erst nachdem Mitte April 2020 der Höhepunkt des aktiven Infektionsgeschehens erreicht worden war und die Zahlen sanken, begann die Regierung über Lockerungen der Restriktionen nachzudenken. Diese Überlegungen mündeten in den „#DecretoRilancio“ (Wiederaufschwungs-Dekret), das einen Fahrplan für die Lockerung der Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie ab Mitte Mai bis Ende Juli 2020 skizzierte. So waren ab dem 18. Mai 2020 wieder Reisen innerhalb der eigenen Region erlaubt, ab dem 6. Juni 2020 auch zwischen den italienischen Regionen. Die Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit wurden zum 18. Mai 2020 gelockert. Dabei wurden den Regionen mehr Kompetenzen eingeräumt, örtlich angepasste Maßnahmen zu ergreifen. Zudem beinhaltete das Dekret eine Reihe von Bestimmungen zu Beschäftigungsschutz, Lohnersatzleistungen, Einkommensbeihilfen, Unterstützungen für Unternehmen und den Tourismussektor sowie Investitionsanreize. Ab Mitte Juni 2020 traten weitere Lockerungen in Kraft, etwa die Wiedereröffnung von Kinos, Theatern und Fitnessstudios. Zum 15. Juni 2020 wurden auch die Einreisebeschränkungen (zunächst für die meisten EU-Staaten) aufgehoben.

Für die mittel- und längerfristigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung bediente sich die Regierung des Rats verschiedener ExpertInnengruppen. So wurde bereits am 9. Juni 2020 der Bericht „Initiativen für den Wiederaufschwung – Italien 2020-2022“ vorgestellt.⁴ Zudem hat Ministerpräsident Conte einen „Generalstab“ aus Regierungsmitgliedern, Sozialpartnern, Fachleuten und Intellektuellen zusammengestellt (VertreterInnen der Oppositionsparteien waren eingeladen, lehnten jedoch eine Teilnahme ab), der einen „Wiederaufbauplan“ für Italien entwickeln soll.

Mäßiges Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung

Die These, wonach in Krisenzeiten die Zustimmung zur Exekutive wächst, bestätigt sich in Italien bis dato nicht. Bei einer am 12. Juni 2020 durchgeführten Tecne-Umfrage hatten lediglich 28,4 Prozent der Befragten Vertrauen in die Regierung, 67 Prozent hatten dies nicht. Im gesamten ersten Halbjahr 2020 stiegen die Vertrauenswerte der Regierung nie über die am 10. April 2020 erhobenen 31,8 Prozent hinaus. Bei den Parteipräferenzen kam im Mitte-rechts-Spektrum die Lega auf 25,9 Prozent Zustimmung, FdI auf 15,5 Prozent, wohingegen FI mit 8,4 Prozent eine nur noch geringe Rolle spielt. Für den M5S sprachen sich nur 14,8 Prozent aus. Links der Mitte dominiert der PD mit 19,8 Prozent, die liberale Partei Azione (als weitere Abspaltung des PD) erhielt 3,0, Italia Viva 2,9, La Sinistra 2,6, +EU 1,8 und die Grünen 1,7 Prozent Zustimmung.⁵ Die Umfrageergebnisse der tragenden Regierungsparteien haben sich damit gegenüber einer Erhebung desselben Instituts vom 13.12.2019⁶ kaum verändert – damals sprachen sich 18,8 und 15,8 Prozent für den PD beziehungsweise den M5S aus. Dagegen büßte vor allem die Lega in der Covid-19-Pandemie an Beliebtheit ein (im Dezember 2019 lagen ihre Umfrageergebnisse noch bei 33,5 Prozent), während FdI deutlich hinzugewannen (Dezember 2019: 10,3 Prozent). Dies mag

4 Regierung Italiens: Iniziative per il rilancio „Italia 2020-2022“, Juni 2020, abrufbar unter: http://www.governo.it/sites/new.governo.it/files/comitato_rapporto.pdf (letzter Zugriff: 13.6.2020).

5 Andrea Turco: Sondaggi elettorali Tecne: calano Lega, Pd e M5S, in: Termometro Politico, 15.6.2020.

6 Andrea Turco: Sondaggi elettorali Tecne: Lega in forte calo ma rimane primo partito, in: Termometro Politico, 15.12.2019.

mit dem zur Schwere der Krise besser passenden Auftreten Giorgia Melonis, Vorsitzende der neofaschistischen FdI, zusammenhängen, das scharf gegenüber der EU und Deutschland ausfiel, insgesamt aber eher staatstragend war, während Salvinis polterndes Auftreten und sein schlingender Kurs in der Covid-19-Pandemie offensichtlich Vertrauen verspielt haben. Inzwischen versucht Salvini mit der Organisation von Protesten gegen die Regierung Conte II wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Insgesamt zeigt sich, dass Italien auch in der aktuellen Krisensituation ein Land mit tiefen politischen Gräben bleibt, in dem sich das Regierungslager und die Parteien rechts der Mitte unversöhnlich gegenüberstehen. Dies zeigt sich auch an der bereits erwähnten Ablehnung der Oppositionsparteien, im „Generalstab“ kooperativ mitzuarbeiten. Umgekehrt wurde auch der Regierungsstil Contes, der in der Krise oft direkt als Regierungschef über soziale Medien kommunizierte, dafür kritisiert, das Parlament (und damit die Opposition) zu wenig einzubeziehen.⁷

Der politische Konflikt spiegelte sich auch in (inszenierten) Kompetenzstreitigkeiten und gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen der Zentralregierung und den von den Mitte-rechts-Bündnissen geführten Regionen wider. So gab es etwa Diskussionen zwischen Rom und dem lombardischen Regionalpräsidenten Attilio Fontana (Lega), wer für die dortigen verheerenden Auswirkungen der Pandemie verantwortlich zu machen sei.

Wirtschaftliche und soziale Folgen

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie sind für Italien gravierend. Die Pandemie traf Italien in einer Situation, in der sich das Land noch immer nicht von der Krise der Jahre 2008 und 2009 erholt hatte. Die Wirtschaftsleistung lag 2019 weiter unter dem Vor-Krisen-Niveau von 2007, die Arbeitslosenquote lag mit 10,0 Prozent deutlich über dem Niveau der EU-27 (6,7 Prozent), und die Jugendarbeitslosigkeit war mit 29,2 Prozent doppelt so hoch wie im EU-27-Durchschnitt (15,0 Prozent).⁸ In der Anfang Mai 2020 veröffentlichten Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission ging diese von einem Einbruch des italienischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 9,5 Prozent für das Jahr 2020 aus. Der für Italien vorausgesagte Wirtschaftseinbruch ist damit größer als im EU-Durchschnitt (-7,4 Prozent).⁹ Dies hängt auch damit zusammen, dass mit der Lombardei das wirtschaftliche Zentrum Italiens (22 Prozent des BIP Italiens) besonders stark von Covid-19 betroffen war. Ebenso hat die Pandemie massive Auswirkungen auf den für Italien wirtschaftlich sehr wichtigen Tourismussektor.

Die sozialen Folgen der Krise treffen ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen, etwa Kinder und Jugendliche, Frauen, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und/oder mit Migrationshintergrund. Auch dürfte der Süden des Landes – selbst wenn dort die Ausbreitung der Pandemie vergleichsweise mild verlief – ein weiteres Mal in seiner Entwicklung zurückgeworfen werden. Auf den ersten Blick scheint es paradox, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen im April auf 6,3 Prozent fiel, allerdings liegt dies daran, dass viele Menschen aus der Arbeitslosenstatistik in die „stille Reserve“ der Inaktiven

7 Matthias Rüb: Kritik an Conte: Italien wird in der Krise per Facebook regiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.2020.

8 Eurostat: GDP and main aggregates - selected international annual data, 3.8.2020, abrufbar unter: https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=naida_10_gdp&lang=en (letzter Zugriff: 12.8.2020); Eurostat: Unemployment by sex and age – annual data, 7.7.2020, abrufbar unter: https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en (letzter Zugriff: 12.8.2020).

9 Europäische Kommission: Pressemitteilung: Frühjahrsprognose 2020: Tiefe und ungleichmäßige Rezession, ungewisse Erholung, 6.5.2020, IP/20/799.

abwanderten, weil eine aktive Arbeitssuche während der massiven Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie kaum möglich war. Gleichzeitig gingen im April 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat fast 500.000 Menschen weniger einer Beschäftigung nach, womit die Beschäftigungsquote auf 57,9 Prozent sank. Hinzu kommt die große Zahl an Beschäftigten in Kurzarbeit, die nicht zu den Arbeitslosen zählen, obwohl im April 2020 rund ein Drittel der italienischen Beschäftigten nicht an ihrem Arbeitsplatz war.¹⁰ Welche mittel- und längerfristigen Folgen die Pandemie auf den italienischen Arbeitsmarkt haben wird, wird erst in den kommenden Monaten absehbar werden.

Was die Covid-19-Pandemie jedoch bereits deutlich offenlegte, sind die Stärken und Schwächen der sozialstaatlichen Systeme. Zwar konnte Italien auf bestehende Regeln von Kurzarbeit zurückgreifen (Cassa integrazione). Jedoch fehlt – trotz entsprechender Schritte in den vergangenen Jahren vom „Inklusionseinkommen“ (Reddito di inclusione) bis zum „Bürgergeld“ (Reddito di cittadinanza) – immer noch ein umfassendes Mindestsicherungssystem. Dies machte es beispielsweise nötig, Bedürftige, deren Einkommen in der Krise weggefallen war, kurzfristig mit Lebensmittelpaketen oder -gutscheinen zu versorgen. Auch Unterstützung für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt durch Schwarzarbeit bestritten und daher keine soziale Absicherung besaßen, wurden notwendig. Vereinzelt kam es sogar zu sozialen Unruhen und zur Plünderung von Lebensmittelmärkten. Die Absicherung von Selbstständigen und freiberuflich Tätigen war mit monatlich 600 bis 1000 Euro von März bis Mai 2020 – selbst für italienische Verhältnisse – bescheiden und brachte die Sozialverwaltung organisatorisch an ihre Kapazitätsgrenzen. Dort, wo die bereitgestellten staatlichen Hilfen Defizite offenbarten, ergab sich für die Mafia ein Einfallstor, Unternehmen mit Krediten in ihre Abhängigkeit zu bringen oder sich durch die Unterstützung notleidender Bevölkerungsschichten ein soziales Image zu geben.

Staatsverschuldung und europäische Wiederaufbauinitiativen

Die Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie stellt Italien vor besondere finanzielle Probleme, betrug doch die Gesamtverschuldung Ende 2019 bereits 134,8 Prozent des BIP. Durch den Covid-19 bedingten Konjunkturreinbruch, damit verbundene sinkende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben für Gesundheit, soziale Absicherung, Unternehmenshilfen und Konjunkturprogramme prognostiziert die Europäische Kommission einen Anstieg des Schuldenstandes bis Ende 2020 auf 158,9 Prozent.¹¹ Dies verstärkt Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit der Schuldenlast und Befürchtungen, die Zinsen für italienische Staatsanleihen könnten so sehr ansteigen, dass das Land (ähnlich wie 2011) in Refinanzierungsprobleme geraten könnte.

Insofern spielen für Italien europäische Programme zur Überwindung der Folgen der Pandemie eine wichtige Rolle. Dabei dominierte über Wochen die Kontroverse über sogenannte Corona- oder Eurobonds, also gemeinsam von den EU- beziehungsweise Eurogruppen-Mitgliedern herausgegebene Schuldtitel. Während vor allem Staaten im nördlichen Europa die Forderung ablehnten, im Kontext der Covid-19-Krise die von einigen südeuropäischen Ländern schon länger befürworteten Eurobonds einzuführen, wurde deren fehlende Bereitschaft in Italien als mangelnde Solidarität in Zeiten der Not verstanden. Auch der von der deutschen Bundesregierung propagierte Vorschlag, stattdessen Hilfgelder über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bereitzustellen, wurde

10 Vgl. Davide Mancino: Dove si concentra il peso della crisi? I numeri della disoccupazione e il nodo degli inattivi, in: *Il Sole 24 Ore*, 12.6.2020.

11 Europäische Kommission: Frühjahrsprognose, 2020.

von der italienischen Regierung (insbesondere von Seiten des M5S) abgelehnt, da sie befürchtete, dass ESM-Gelder (wie im Falle Griechenlands) an Auflagen gebunden und damit der Fremdbestimmung der italienischen Politik Tür und Tor geöffnet würden. Auch nach dem Ergebnis des Eurogruppen-Gipfels Anfang Mai 2020, ESM-Hilfen nicht an strenge Bedingungen knüpfen zu wollen, lehnte der M5S die Inanspruchnahme von ESM-Mitteln weiterhin ab, während PD und IV diese Ablehnung kritisierten. Ministerpräsident Conte stand von beiden Seiten unter Druck, eine Lösung herbeizuführen. Mitte Juni 2020 kündigte die Regierung – nach Zusicherungen der Europäischen Kommission, mit ESM-Mitteln keine „Troika“ nach Italien zu entsenden –, schließlich an, zur Umsetzung des vom „Generalstab“ vorzulegenden Wiederaufbauplans im Verbund mit anderen Mitgliedsstaaten wie Spanien, Portugal und eventuell Belgien doch über den EMS abgesicherte Kredite beantragen zu wollen. Dabei spielte auch der zwischenzeitlich lancierte französisch-deutsche Vorschlag eines Europäischen Wiederaufbaufonds, mit gemeinsam finanzierten, nicht zurückzuzahlenden Finanzhilfen und gemeinsam abgesicherten Hilfskrediten, eine wichtige Rolle, da dieser in Italien als Versuch gewertet wird, die Interessensgegensätze zu überwinden und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu üben.

Entwicklungen in den Beziehungen zu Deutschland und zur Europäischen Union

Die mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie verbundenen Herausforderungen haben sich als weiterer Stresstest für die Beziehungen Italiens zu Deutschland und zur EU erwiesen. Besonders negativ wurde südlich der Alpen wahrgenommen, dass die Hilfen der EU und ihrer Mitgliedstaaten sehr schleppend anliefen und für Italien bestimmte medizinische Ausrüstung sogar zeitweise an den Grenzen aufgehalten wurde.¹² Am 16. April 2020 sah sich die Präsidentin der Europäischen Kommission von der Leyen deswegen veranlasst, sich offiziell bei Italien zu entschuldigen und einzuräumen, dass man das Land zu lange allein gelassen und zu wenig Solidarität gezeigt habe.¹³ Ausnehmend schlecht kam in Italien an, dass anfänglich mehr Hilfe aus China, Albanien und Kuba gekommen war als von EU-Partnern. Deutschland leistete letztlich zwar Unterstützung in Form von Materiallieferungen für den Gesundheitssektor und in Gestalt der Aufnahme italienischer IntensivpatientInnen in deutschen Kliniken. Auch der eher deutschland- und europaskeptische Außenminister Luigi Di Maio (M5S) bedankte sich bei einem Besuch in Berlin bei seinem Amtskollegen Heiko Maas ausdrücklich für die medizinische Hilfe.¹⁴ Allerdings war zu diesem Zeitpunkt die öffentliche Meinung in Italien bereits stark geprägt von den vorangegangenen Versäumnissen. Die italienischen EU-GegnerInnen schlachteten dies aus, um Stimmung gegen Brüssel und Berlin zu machen. Die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland erreichten inmitten der Pandemie tatsächlich einen historischen Tiefpunkt. Entsprechende Umfragen vom Mai 2020 offenbaren, dass nurmehr 26 Prozent der italienischen Bevölkerung viel Vertrauen in Deutschland haben – zu Beginn des Jahres 2020 waren es noch 42 Prozent.¹⁵ Auch die Frage nach der Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Pandemie über sogenannte Corona-Bonds belastete die

12 Frank Hornig: Italiens Wut auf Deutschland, in: Der Spiegel, 6.4.2020.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Keine Hilfe von EU: Von der Leyen entschuldigt sich bei Italien, 17.4.2020.

14 Johannes Leithäuser/Matthias Rüb: Corona-Hilfe für Italien: „Diese Geste werden wir immer im Herzen behalten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.6.2020.

15 Demos&Pi: „Se la Germania allontana l'Italia dall'UE“, April 2020, abrufbar unter: <http://www.demos.it/a01722.php> (letzter Zugriff: 12.8.2020).

Beziehungen. Der deutsch-französische Vorstoß für einen europäischen Wiederaufbaufonds und der daran anknüpfende Vorschlag der Europäischen Kommission stießen in Italien zwar auf Zustimmung und wurden auch als deutsches Entgegenkommen gewürdigt, allerdings ist zurzeit noch nicht klar, ob und in welcher Form diese Idee angesichts des Widerstands einzelner EU-Länder (Österreich, Niederlande, Schweden, Dänemark), die sich gegen Zuschüsse sperren und lediglich Kredite vergeben wollen, realisiert werden kann.

Ausblick

Mit dem Brexit ist die Relevanz Italiens als drittgrößter Volkswirtschaft für die Eurozone und die Zukunft der EU nochmals gewachsen, nicht nur in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, sondern auch in der Außenpolitik, bei Fragen von Migration und Asyl. Das zeigt nicht zuletzt die EU-Mittelmeermission „Irinì“, auf die man sich nach dem Regierungswechsel in Rom und im Gefolge des Berliner Libyen-Gipfels vom Januar 2020 schließlich im März 2020 – nach anfänglichem Widerstand Österreichs und Ungarns – doch noch einigen konnte. Die Mission zielt auf die Durchsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen ab, nachdem die Operation „Sophia“ ausgelaufen war und wegen des Dissenses bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen ein Jahr lang nahezu ein Vakuum im Mittelmeer geherrscht hatte. Die Entscheidungen Italiens sind überaus folgenreich für die EU, umgekehrt beeinflusst die Politik Brüssels und Berlins Italiens Haltung zur EU in erheblichem Maße. Die Bewältigung der Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen sowie in diesem Zusammenhang auch die Verbesserung der Beziehungen zu Italien wird eine der zentralen Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Semester 2020 sein. Es liegt im Interesse der deutschen Europapolitik, in Italien wieder für größeres Vertrauen in die EU allgemein und gegenüber Deutschland im Besonderen zu sorgen, will man nicht der europäischen Desintegration und dem weiteren Erstarken der europafeindlichen Kräfte in Italien Vorschub leisten. Umgekehrt hat Ministerpräsident Conte eine Reihe von Reformen zugesagt, etwa eine Verwaltungsreform, stärkere Anstrengungen bei der Digitalisierung und beim Umweltschutz sowie bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit. Es bleibt abzuwarten, ob seine Regierung die Stabilität und Kraft aufbringt, diese Reformen auch umzusetzen. Innenpolitisch ist die Lage nach wie vor fragil: Gemäß der Umfrage des Instituts Tecnè vom 12. Juni 2020 liegt das oppositionelle Mitte-rechts-Bündnis deutlich vor der aktuellen Regierungskoalition. Bei einem Scheitern der derzeitigen Regierung müsste folglich mit einem erneuten Rechtsruck und einer auf nationale Souveränität pochenden Regierung gerechnet werden. Dies würde die Beziehungen zwischen Italien und der EU zweifellos einer enormen Belastungsprobe aussetzen.

Weiterführende Literatur

KAS Länderbericht: „100 Tage Unsicherheit“. Caroline Kanter, Leiterin der KAS in Italien, zur M5S-PD Regierung und zur Stimmung im Land, Dezember 2019, abrufbar unter: https://www.kas.de/documents/276296/0/interview+100-Tage_lang-final+END+END.pdf/69369b18-0e2b-b258-a6dc-1f054ff7f210?version=1.0&t=1576238366169 (letzter Zugriff: 12.8.2020).

Luca Argenta/Michael Braun/Tobias Mörschel: „Vorbild Italien – und was Europa jetzt tun muss“, FES Briefing, März 2020, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/16748.pdf> (letzter Zugriff: 12.8.2020).

Andrea De Petris: Der italienische Rechtspopulismus zu Corona-Zeiten, FES Italia, Juli 2020, abrufbar unter: <http://www.fes-italia.org/media/16328.pdf> (letzter Zugriff: 12.8.2020).